

**20.04.2026**

**Niederschrift 001/2026**

---

**Jugendhilfeausschuss**

am 11.03.2026 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.001-C.003

**Beginn** 17:00 Uhr

**Ende** 18:32 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Norbert Enters (SPD)

**Kreistagsmitglieder SPD**

Herr Frederik Bald

Frau Chantal Annabell Kuru

**Kreistagsmitglieder CDU**

Frau Susanne Melchert

Frau Antje Bellaire

Vertretung für Herrn Helge Heinz Meiritz

**Kreistagsmitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Patricia Esther Morgenthal

**Kreistagsmitglied FFV**

Herr Andreas Wette

**Sachkundiger Bürger AfD**

Herr Andreas Lauber

**Ordentliche Mitglieder | Träger der freien Jugendhilfe**

Frau Verena Giese-Prochowski | Caritasverband für den Kreis Unna e.V.

Frau Clara Kratzsch | Ev. Kirchenkreis Unna, Jugendarbeit

Frau Sandra Weniger | Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Unna e.V.

**Stellvertretende Mitglieder | Träger der freien Jugendhilfe**

Frau Veronika Foppe | Die Falken, Ortsverband Bönen

Vertretung für Herrn Dirk Lampersbach

Herr Thomas Köster | DPWV

Vertretung für Herrn Heiner Redeker

Frau Silke Müermann | AWO UB Ruhr-Lippe-Ems

Vertretung für Herrn Rainer Goepfert

**Beratende ordentliche Mitglieder**

Herr Nils Böckmann, Bürgermeister | Gemeinde Bönen

Herr Dirk Brahm, Direktor | Amtsgericht Unna

Frau Manuela Hubrach, Gleichstellungsbeauftragte | Gemeinde Holzwickede

Herr Till Knoche, Bürgermeister | Gemeinde Holzwickede

Frau Jessica Kube | Ortsjugendring Holzwickede  
Herr Sebastian Richter | Ev. Kirchenkreis Unna  
Frau Jasmin Schroer | IG Kindertagespflege Unna e.V.  
Herr Dirk Weise, Bürgermeister | Stadt Fröndenberg/Ruhr

#### **Beratende stellvertretende Mitglieder**

Herr Lars Haber, KHK | Kreispolizeibehörde Unna                      Vertretung für Frau Stephanie Bartos-Medger

#### **Verwaltung**

Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dezernat IV  
Frau Ruza Kaltenbach, Fachbereichsleiterin | FB 51 – Familie und Jugend  
Frau Ilka Essers, Sachgebietsleiterin | SG 51.1 – Kinder- und Jugendförderung  
Frau Anja Schwesig, Sachgebietsleiterin | SG 51.2 – Hilfen zur Erziehung  
Frau Christine Anetsberger, Sachgebietsleiterin | SG 51.3 – Kindertagesbetreuung und wirtschaftliche Hilfen  
Herr Gerwig Becker, Sachgebietsleiter | SG 51.4 – Rechtliche Betreuungen und Vormundschaften  
Frau Monika Thünker | SG 51.0 – Jugendhilfeplanung und kommunale Präventionsketten  
Frau Jennifer Wies | FB 51 | Koordination Netzwerke Frühe Hilfen/Kinderschutz  
Frau Sonja Risy, Schriftführerin | Büro des Landrats – Sitzungsdienst

#### **Abwesend:**

#### **Kreistagsmitglieder CDU**

Herr Jan-Eike Kersting  
Herr Helge Heinz Meiritz

#### **Ordentliche Mitglieder | Träger der freien Jugendhilfe**

Herr Rainer Goepfert | Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems  
Herr Dirk Lampersbach | Die Falken, Ortsverband Bönen  
Herr Heiner Redeker | Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Kreisverband Unna

#### **Beratende ordentliche Mitglieder**

Frau Stephanie Bartos-Medger, KHKin | Kreispolizeibehörde Unna  
Herr Markus Bong, Schulleiter | Jakob-Muth-Schule Unna  
Frau Dr. Christina Marcon | Fachbereich 53 – Gesundheit  
Frau Liudmyla Sapiegova | Ausschuss für Chancengleichheit und Integration Bönen  
Frau Carina Schiewer | Jugendamtselternbeirat  
Frau Daniela Tomczak | Jobcenter Kreis Unna

#### **Beratende stellvertretende Mitglieder**

Herr Bernhard Middelanis, Pastor | Dekanat Unna

Herr Enters begrüßt die Anwesenden, hier insbesondere die zahlreichen Gäste, und eröffnet die Sitzung. Zunächst stellt sich Frau Kaltenbach als neue Leiterin des Fachbereichs Familie und Jugend vor. Sie skizziert ihre beruflichen Schwerpunkte und äußert den Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit mit dem Ausschuss.

Anschließend teilt Herr Enters mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 26.02.2026 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, sodass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** 051/26 Kinder- und Jugendförderplan 2026-30
- Punkt 3** Kindertagesbetreuung
- Punkt 3.1** 034/26 Bericht Frühkindliche Alltagsintegrierte Sprachbildung
- Punkt 3.2** 043/26 Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2026
- Punkt 3.3** 048/26 Szenarien zur mittelfristigen Kindergartenbedarfsplanung
- Punkt 3.4** 029/26 Finanzielle Zuschüsse zu Sonderprogrammen in der Kindertagesbetreuung - Kita-Helfer und Sprach-Kita
- Punkt 3.4.1** 063/26 Finanzielle Zuschüsse zu Sonderprogrammen in der Kindertagesbetreuung - Kita-Helfer und Sprach-Kita;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.03.2026 zur DS 029/26
- Punkt 3.5** 049/26 Übernahme der Trägeranteile für die Kindertageseinrichtungen des Trägers Wegbereiter gGmbH
- Punkt 3.6** Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) NRW;  
Sachstandsbericht
- Punkt 4** 013/26 Kooperationsvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben im Ganztage
- Punkt 5** 021/26 Finanzierung der Betreuungsvereine Diakonie Ruhr-Hellweg e.V. und Zentrum für Gehörlosenkultur e.V.
- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 6.1** Sachstand Treffpunkt „Go In“ Bönen
- Punkt 6.2** Fachtag Jugendhilfe
- Punkt 6.3** Einrichtung einer Servicestelle
- Punkt 6.4** ASD Fröndenberg

### Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 7** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen



### **Punkt 3.1 034/26 Bericht Frühkindliche Alltagsintegrierte Sprachbildung**

Die Drucksache 034/26 wird zur Kenntnis genommen.

### **Punkt 3.2 043/26 Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2026**

#### Erörterung

Frau Anetsberger legt den jährlich im März anstehende Bericht sowie die dazugehörige Beschlussfassung zur zukünftigen Handhabung der Kindergartenplätze ab dem 1. August dar. Sie führt aus, dass in den Beschlussvorschlag die vorrangige Belegung von geförderten U3-Plätzen mit Kindern unter drei Jahren aufgenommen worden sei. Sie hebt hervor, dass erstmals mehr Plätze als nachfragende Kinder zur Verfügung stünden, was einen größeren Handlungsspielraum ermögliche. Der Jugendhilfeausschuss könne somit auch Kinder über drei Jahren in die Belegung einbeziehen. Darüber hinaus falle die Fortschreibungsrate der Kindpauschalen für das kommende Jahr erstmals negativ aus, was zu einer Reduzierung der Pauschalen um 0,14 % führe.

Frau Anetsberger verweist zudem auf die beigefügten Anlagen, die die Stundenkontingente und die Verteilung der Plätze in den Kommunen detailliert darstellen. Für das kommende Kita-Jahr seien in Fröndenberg 700 Plätze, in Holzwickede 680 Plätze und in Bönen 773 Plätze vorgesehen.

#### Beschluss

1. Die im Rahmen der Jugendhilfeplanung festgelegten Gruppenformen und Betreuungszeiten, die Anzahl integrativer Kinder und U3-Plätze in der Kindertagespflege für das Kindergartenjahr 2026/2027 werden beschlossen.
2. Die vorrangige Belegung von geförderten U3-Plätzen mit U3-Kindern wird beschlossen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 3.3 048/26 Szenarien zur mittelfristigen Kindergartenbedarfsplanung**

#### Erörterung

Frau Anetsberger erinnert daran, dass die Kindergartenbedarfsplanung bereits in der Sitzung im letzten September vorgestellt worden sei. Nachdem im vergangenen Jahr erstmals ein Überangebot an Plätzen vorhanden gewesen sei, stellte sich die Frage nach der Angemessenheit der bisherigen Planung. Hinzu komme, dass Anfang 2026 neue Zahlen von IT.NRW vorgelegt worden seien, die eine wichtige Grundlage für die Bedarfsplanung darstellten. Die bisher verwendeten Daten stammten aus dem Jahr 2021 und seien daher bereits veraltet. Die neuen Zahlen würden in die weiteren Überlegungen einfließen, um die Planung an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Im Sachgebiet seien drei Szenarien entwickelt worden: ein mittleres auf Basis der IT.NRW-Daten (geglättet durch Erfahrungswerte), ein oberes mit stärkerem Zuzug und ein unteres mit geringerer Entwicklung. Diese sollen eine flexible und realitätsnahe Planung ermöglichen. Die Planung müsse regelmäßig überprüft und an lokale Gegebenheiten angepasst werden.

Abschließend wirbt Frau Anetsberger um die Unterstützung des Jugendhilfeausschusses, um eine zielgerichtete und zukunftsorientierte Planung sicherzustellen.

Herr Enters berichtet, dass innerhalb der SPD-Fraktion noch Klärungsbedarf bestehe, insbesondere hinsichtlich der verschiedenen Szenarien für die zukünftige Planung. Er hebt hervor, dass es Unterschiede zwischen der Zahl der angemeldeten Kinder und der Bevölkerungsstatistik gebe, was in Kommunen wie Bönen besonders deutlich sei. Er regt an, die Verwaltung mit der Erarbeitung von Maßnahmen zu beauftragen, um Eltern von der Bedeutung frühkindlicher Bildung zu überzeugen. Dabei verweist er auf kulturelle und religiöse Faktoren sowie auf mangelndes Bewusstsein für die Vorteile der Kindertagesbetreuung. Er schlägt vor, die Entscheidung über die Planungsgrundlage auf die Juni-Sitzung zu vertagen.

Der Bürgermeister Knoche ergänzt, dass die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Werbung für frühkindliche Bildung erschweren. Ohne ausreichende Unterstützung durch das Land seien qualitative Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung auf kommunaler Ebene kaum umsetzbar, da sowohl Kommunen als auch Träger bereits stark belastet seien. Gleichzeitig führten geplante Änderungen (z. B. frühere Rückkehr in den Beruf als Verpflichtung im SGB II) zu steigendem Bedarf an Betreuung und zusätzlichem Druck auf das System. Diese Unsicherheiten würden eine verlässliche mittel- bis langfristige Planung schwierig machen und eine enge Abstimmung zwischen allen Beteiligten erfordern.

Die Beschlussfassung über die Drucksache 048/26 wird einvernehmlich auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.06.2026 verschoben.

**Punkt 3.4 029/26 Finanzielle Zuschüsse zu Sonderprogrammen in der Kindertagesbetreuung - Kita-Helfer und Sprach-Kita**

**Punkt 063/26 Finanzielle Zuschüsse zu Sonderprogrammen in der Kindertagesbetreuung - 3.4.1 Kita-Helfer und Sprach-Kita; Antrag der SPD-Fraktion vom 09.03.2026 zur DS 029/26**

#### Erörterung

Herr Göpfert führt zur Drucksache 029/26 aus, dass es bei der Diskussion nicht nur um technische Finanzierungsformen gehe, sondern um die Frage, wie mit zwei Programmen im Bereich der frühkindlichen Bildung umzugehen sei. Diese Programme hätten praktische Auswirkungen auf die 34 Kitas, insbesondere durch die Entlastung im Alltag durch Kita-Helferinnen sowie durch Maßnahmen zur Sprachbildung. Die Verwaltung schlage vor, die Anträge auf Übernahme nicht refinanzierter Personalkosten abzulehnen. Es handle sich um Zuschüsse, für die keine Haushaltsmittel vorgesehen seien. Er weist darauf hin, dass die Rahmenbedingungen sich auf Landesebene durch die Erlasslage des Landesjugendamtes verändert hätten. Während in der Vergangenheit Rücklagen oder andere Mittel der Träger zur Deckung genutzt werden konnten, sei dies rechtlich nicht mehr möglich.

Herr Göpfert betont, dass der fachliche Nutzen der Programme unbestritten sei. Zugleich fordert er eine ehrliche Auseinandersetzung darüber, was rechtlich zulässig, haushalterisch tragfähig und politisch gewollt ist. Er verweist auf die bereits hohe Belastung der kommunalen Haushalte und stellt klar, dass ungeplante zusätzliche Aufwendungen nicht verkräftbar seien. Die Verantwortung sehe er beim Landesgesetzgeber, da die aktuelle Situation spätestens seit 2022 absehbar gewesen sei.

Frau Morgenthal meldet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beratungsbedarf an. Aufgrund des kurzfristigen Eingangs des Änderungsantrags der SPD-Fraktion sei eine hinreichende Auseinandersetzung bislang nicht möglich gewesen.

Herr Bald erläutert sodann den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Er führt aus, dass Kita-Helferinnen und Sprachkitas eine wichtige Rolle in der frühkindlichen Bildung spielen und zugleich zur Entlastung der Fachkräfte beitragen würden. Aufgrund einer Änderung der Verwaltungsvorschriften ab dem Jahr 2025/2026 entstünden Finanzierungslücken, die künftig nicht mehr wie bisher ausgeglichen werden könnten. Vor diesem Hintergrund schlage die SPD-Fraktion eine pragmatische Übergangslösung vor, um die Träger einmalig zu unterstützen und bestehende Finanzierungslücken zu schließen. Eine dauerhafte Finanzierung des Programms könne hingegen nur durch das Land oder den Bund sichergestellt werden.

Zudem erklärt Herr Bald, dass der Beratungsbedarf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN respektiert werde und man mit einer Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt einverstanden sei.

Herr Enters fügt hinzu, dass der Antrag dann nicht in den nächsten Kreistag eingebracht, sondern im nächsten Sitzungslauf behandelt werde. Er äußert die Hoffnung, dass dies für die betroffenen Träger keine allzu große Belastung darstelle.

Die Beratung und Beschlussfassung über die Drucksachen 029/26 und 063/26 werden einvernehmlich auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.06.2026 verschoben.

### **Punkt 3.5 049/26 Übernahme der Trägeranteile für die Kindertageseinrichtungen des Trägers Wegbereiter gGmbH**

#### Erörterung

Herr Göpfert erklärt, dass er bei einem vorherigen Antrag in Höhe von 60.000 Euro aufgrund fehlender Haushaltsmittel eine Ablehnung vorgeschlagen habe. Im vorliegenden Fall handele es sich jedoch um eine Ausgabe von 31.000 Euro, die im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung gedeckt werden könne. Er erläutert, dass freie Träger der Jugendhilfe, die Kindertageseinrichtungen betreiben, in der Regel keine eigenen Einnahmen generieren, mit Ausnahme der katholischen und evangelischen Kirche, die über Kirchensteuermittel verfügen. Seit 2009 unterstütze der Kreis diese Träger durch einen freiwilligen kommunalen Zuschuss, der die Trägeranteile gemäß dem Kinderbildungsgesetz abdecke.

Herr Göpfert erinnert daran, dass der Träger Wegbereiter gGmbH im Rahmen des Bewerbungsverfahrens für die neue Kindertageseinrichtung in Bönen zugesagt habe, 3 % des Trägeranteils aus Eigenmitteln zu erbringen. Diese Zusage sei im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden, woraufhin der Träger ausgewählt worden sei. Seitdem bringe der Träger diese 3 % Eigenmittel ein. Er weist darauf hin, dass eine andere Kindertageseinrichtung desselben Trägers, die Kita Ruhrpiraten in Fröndenberg, bereits vollständig ausfinanziert sei. Auch andere Träger wie SPI, AWO und DRK erhielten seit Jahren eine vollständige Finanzierung ihrer Einrichtungen.

Herr Göpfert betont, dass die Verwaltungspraxis des Kreises eine Gleichbehandlung aller Träger vorsehe. Die zusätzlichen 31.000 Euro seien im Rahmen des millionenschweren Jugendhilfehaushalts als überplanmäßige Ausgabe vertretbar. Aus Gründen der Gleichbehandlung sei es daher geboten, auch die 3 % Eigenmittel der Kindertageseinrichtung des Trägers Wegbereiter gGmbH zukünftig aus kommunalen Mitteln zu finanzieren.

### Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss des Kreis Unna beschließt die freiwillige Übernahme des in § 36 Abs. 2 Nr. 1 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) festgelegten vollen Trägeranteils in Höhe von 7,8 Prozent des Trägers Wegbereiter gGmbH für die Einrichtung „Turmwichtel“, Wolfgang-Fräger-Str. 2 in 59199 Bönen, ab dem 01.08.2026.

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

## **Punkt 3.6                      Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) NRW; Sachstandsbericht**

### Erörterung

Frau Kaltenbach erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage zur Niederschrift), dass die Reform des KiBiz in einer Phase des Drucks auf das System erfolge, bedingt durch Fachkräftemangel und steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen. Sie berichtet von Zielen wie der Stabilisierung des Systems und der Flexibilisierung der Angebote, betont jedoch, dass die neuen Zeitmodelle den Verwaltungsaufwand erhöhen könnten. Zudem kritisiert sie die befristeten finanziellen Mittel und die fehlende langfristige Finanzierungsstruktur, die Druck auf die Kommunen ausübe.

Herr Bald äußert, dass die wesentlichen Punkte Qualität und Personal weiterhin kritisch seien. Die SPD-Fraktion habe hierzu bereits eine Stellungnahme sowie eine Pressemitteilung veröffentlicht. Das geplante Gesetz stelle aus seiner Sicht einen Rückschritt dar, der zulasten von Kindern, Familien, Beschäftigten, Trägern und Kommunen gehe. Anstatt die frühkindliche Bildung zu stärken, würden Risiken, Kosten und Verantwortung auf die unteren Ebenen verlagert. Er kritisiert die Einführung von ABC-Klassen als kurzfristige Maßnahme, die die eigentlichen Probleme der Kitas nicht löse. Zudem bemängelt er, dass keine dauerhafte Finanzierung vorgesehen sei und die Unterscheidung zwischen Bildungs- und Betreuungszeiten die Qualität der Einrichtungen beeinträchtige. Er warnt, dass weitere Träger aufgeben könnten, Standards gesenkt würden und die Kommunen finanziell überfordert seien. Aus diesen Gründen sei der vorliegende Referentenentwurf abzulehnen.

Herr Bürgermeister Knoche merkt an, dass das geplante Gesetz keine Perspektive biete. Er betont, dass die Kommunen unter den gegebenen Rahmenbedingungen ihren Auftrag für Familien, Kinder, Wirtschaft, frühkindliche Bildung und Chancengleichheit nicht erfüllen könnten. Er fordert Unterstützung, da das Gesetz keine Lösungen für die bestehenden Herausforderungen biete.

Herr Enters stellt fest, dass die Diskussion über das Gesetz und die damit verbundenen Qualitäts- und Finanzierungsfragen fortgesetzt werden müsse. Er regt an, in einer zukünftigen Sitzung erneut über das Thema zu beraten und die kommunalen Spielräume zu nutzen, um auf das Land einzuwirken. Er betont, dass eine geschlossene Haltung des Ausschusses notwendig sei, um Einfluss zu nehmen.

## **Punkt 4            013/26            Kooperationsvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben im Ganztag**

### Erörterung

Frau Thünker informiert über die Einführung des bundesgesetzlichen Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschul Kinder ab 2026, beginnend mit den ersten Klassen und jährlich ausgeweitet. In NRW er-

folge die Umsetzung per Erlass, ohne zusätzliche gesetzliche Regelung auf Landesebene, wodurch geteilte Zuständigkeiten bestehen bleiben: Die Gewährleistungsverantwortung liege beim Kreis Unna (Fachbereich Familie und Jugend), während die Kommunen als Schulträger für Einrichtung und Betrieb der OGS zuständig seien.

Zur Klärung praktischer Umsetzungsfragen sei eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kreis und Kommunen erarbeitet worden. Diese sei in einem intensiven Abstimmungsprozess seit Februar 2025 entstanden und definiere verbindliche Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit. Ziel sei eine am Kindeswohl orientierte, abgestimmte Gesamtstrategie mit klarer Aufgabenverteilung und regelmäßiger Abstimmung. Bestehende Strukturen (z. B. Platzbewilligung, Kita-Bedarfsplanung, Qualitätszirkel) würden einbezogen und weiter genutzt. Auch Fragen möglicher Rechtsstreitigkeiten seien geklärt worden. Eine Analyse bestätige, dass der Rechtsanspruch planmäßig erfüllt werden könne. Die Kooperationsvereinbarung liege unterschriftsreif vor und solle beschlossen werden.

Abschließend teilt Frau Thünker mit, dass die Zuständigkeit für den OGS-Rechtsanspruch künftig im Fachbereich Familie und Jugend von Frau Jennifer Wies übernommen werde.

Herr Enters ergänzt, dass die Kooperationsvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben in der OGS ein langjähriges Anliegen der Jugendhilfe sei. Er betont, dass die Jugendhilfe an der Qualitäts- und Betreuungsplatzentwicklung beteiligt sein wolle, da sie die Letztverantwortung trage. Er kündigt an, dass der Jugendhilfeausschuss regelmäßig über Veränderungen und mögliche Beschlusslagen informiert werde, falls Impulse von schulischer oder jugendhilfeseitiger Seite kämen.

#### Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarung über „Angebote offener Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich zur Erfüllung des Rechtsanspruchs nach § 24 Abs. 4 SGB VIII n. F.“ des Fachbereiches Familie und Jugend des Kreises Unna mit den Gemeinden Bönen und Holzwickede und mit der Stadt Fröndenberg/Ruhr zu schließen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 5      021/26      Finanzierung der Betreuungsvereine Diakonie Ruhr-Hellweg e.V. und Zentrum für Gehörlosenkultur e.V.**

#### Erörterung

Herr Enters führt in den Tagesordnungspunkt ein.

#### Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Verträge über die Bezuschussung von beruflich geführten rechtlichen Betreuungen mit dem Betreuungsverein Diakonie Ruhr-Hellweg e.V. und dem Zentrum für Gehörlosenkultur e.V. zu schließen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

## **Punkt 6** **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

### **Punkt 6.1** **Sachstand Treffpunkt „Go In“ Bönen**

Frau Essers berichtet, dass die Planungsphase 0 für die künftige dauerhafte Unterbringung des Jugendzentrums „Go In“ in Bönen abgeschlossen sei. Auf dieser Basis seien Raumprogramm und erste Planzeichnungen erstellt sowie eine Kostenermittlung durchgeführt worden, die aktuell geprüft würden. Das Jugendzentrum sei inzwischen in eine Interimslösung in die Poststraße 3 umgezogen; das Angebot werde von Kindern und Jugendlichen gut angenommen, trotz eingeschränkter räumlicher Bedingungen im Vergleich zum früheren Standort an der Bahnhofstraße.

Die Verwaltung arbeite daran, im Laufe des Jahres eine belastbare Grundlage für weitere politische und haushalterische Entscheidungen zu schaffen. Ziel sei es, die Voraussetzungen für die Haushaltsplanung ab 2027 sowie einen konkreten Projektbeschluss für einen Neubau zu erarbeiten. Der Jugendhilfeausschuss werde über den Fortgang informiert.

### **Punkt 6.2** **Fachtag Jugendhilfe**

Herr Göpfert berichtet über den Fachtag zur Jugendhilfe, der am 12. Februar stattfand. Ziel der Veranstaltung sei es gewesen, Lösungsansätze für die Herausforderungen in den stationären Hilfen zur Erziehung zu erarbeiten. Die Veranstaltung sei in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge durchgeführt worden. Die Ergebnisse würden dokumentiert und dem Ausschuss zur Verfügung gestellt. Herr Göpfert kündigt an, dass die Ergebnisse in der Juni-Sitzung des Ausschusses weiter behandelt würden.

### **Punkt 6.3** **Einrichtung einer Servicestelle**

Herr Göpfert informiert über die geplante Einrichtung einer gemeinsamen Servicestelle zur Unterstützung bei Entgeltvereinbarungen mit freien Trägern. Hintergrund sei ein identifizierter Mangel an betriebswirtschaftlicher Expertise in allen acht Jugendämtern, insbesondere bei der Verhandlung und Kalkulation von Entgelten. Ziel der Servicestelle sei es, die Qualität, Rechtssicherheit und Vergleichbarkeit der Verfahren zu verbessern sowie die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken. Das Projekt sei von den Jugenddezernenten und Bürgermeistern einstimmig beschlossen worden und solle über die Kreisumlage finanziert werden. Vorgesehen sei eine Projektlaufzeit von 24 Monaten ab Arbeitsaufnahme der Servicestelle. Derzeit würden Stellenausschreibungen vorbereitet, sodass die Arbeitsfähigkeit voraussichtlich im Sommer erreicht werde.

Herr Köster erkundigt sich, ob die geplante Servicestelle für Entgeltvereinbarungen notwendig sei, da es bereits eine entsprechende Servicestelle beim Landesjugendamt gebe. Herr Göpfert bestätigt, dass die Jugendämter im Kreis Unna die Einrichtung einer eigenen Servicestelle als notwendig erachten. Herr Enters ergänzt, dass auch andere Jugendämter, darunter Großstadtjugendämter, eigene Servicestellen vorhalten würden, und äußert die Hoffnung, dass die interkommunale Zusammenarbeit positive Effekte auf weitere Bereiche der Jugendhilfe haben könnte.

**Punkt 6.4****ASD Fröndenberg**

Herr Göpfert teilt mit, dass die Geschäftsstelle des Allgemeinen Sozialen Dienstes in Fröndenberg derzeit saniert werde. Die Arbeiten sollen bis Ende Mai abgeschlossen sein, um den Mitarbeitenden moderne Arbeitsbedingungen zu bieten. Während der Sanierung sei die Erreichbarkeit der Dienststelle sichergestellt.

Anlage

Revision des KiBiz NRW (Präsentation zu TOP 3.6)

gez. Sonja Risy  
Schriftführerin

gez. Norbert Enters  
Vorsitzender